

Die UN und das World Economic Forum: Eine fatale Verbindung

von Heiner Flassbeck

Im Sommer 2019 hat UN-Generalsekretär Antonio Guterres eine „Partnerschaft“ mit dem World Economic Forum (WEF), bekannt durch das jährliche Treffen in Davos, abgeschlossen. Hierdurch soll die von den Vereinten Nationen ausgerufene Agenda 2030 besser und schneller erreicht werden. FIAN International und das Transnational Institute hatten in einem Offenen Brief an Guterres eine Beendigung der Zusammenarbeit gefordert. Heiner Flassbeck beschreibt in seinem Beitrag für FIAN das Risiko einer dauerhaften Schwächung der Staatengemeinschaft.

Man sollte die politische Bedeutung einer solch abstrakten Übereinkunft nicht überschätzen. Aber dass die UN offen mit einer Interessengruppe koalieren, die bei vielen ihrer Ziele auf der Bremse steht, ist fatal – ganz gleich, was am Ende dabei herauskommt. Denn die Vereinten Nationen sind vor allem den Menschen dieser Welt verpflichtet, die sich keine Interessensvertretung leisten können. Neben dem Sicherheitsrat wurde daher mit der Unterzeichnung der UN-Charta im Jahr 1945 auch ein Wirtschafts- und Sozialrat gegründet. Dieser soll dafür sorgen, dass die Nationen der Erde auch in wirtschaftlichen und sozialen Fragen einvernehmliche und kooperative Lösungen für Konflikte suchen.

In allen Gremien der UN sind es die Mitgliedsnationen, die das entscheidende Gegenüber des Sekretariats sind und die letztlich alle Entscheidungen zu verantworten haben. Eine Institution wie das WEF, die sich den Interessen derjenigen Unternehmen verpflichtet fühlt, die sie finanzieren, kann dabei unter normalen Umständen nur eine Randrolle spielen – so wie andere Interessenvertreter*innen auch. Eine exklusive „Partnerschaft“ – ganz gleich, wie allgemein sie gehalten ist – wirft automatisch die Frage auf, wie unabhängig das Sekretariat arbeitet und ob es tatsächlich den Ausgleich der Interessen von Nationen in ihrer ganzen Vielfalt angemessen vertreten kann.

Klimaschutz unter Druck

Besonders fatal ist eine privilegierte Rolle von Unternehmen bei dem Thema, das die UN in den letzten Jahren zu ihrem Kerngeschäft gemacht haben, der Bekämpfung des Klimawandels. Offensichtlich begreift niemand im New Yorker Sekretariat, dass man den forcierten Strukturwandel, den man dazu in allen Nationen braucht, gegen die Interessen sehr vieler transnationaler Konzerne durchsetzen muss, die heute auf die eine oder andere Weise von billiger fossiler Energie profitieren. Eine Institution wie der WEF ist hierbei genau das Gegenteil eines guten Kooperationspartners.

Das heißt nicht, dass Unternehmen von dem verstärkten Kampf gegen den Klimawandel generell nicht profitieren könnten. Es sind aber gerade nicht diejenigen, die heute an den Märkten dominieren und mit Millionensummen den WEF finanzieren. Unter den heute mächtigen Konzernen gibt es viele, die mit allen Mitteln und auf allen denkbaren Wegen zu verhindern suchen, dass ihre hochprofitablen Pfründe verloren gehen. Ob und inwieweit der WEF auch von solchen Firmen abhängig ist, kann von außen niemand sagen, so lange der WEF seine Finanzierungsquellen nicht vollständig offenlegt (das WEF nennt zwar seine „Partner“ aus dem Unternehmensbereich, nicht aber, mit welchen Summen sie sich engagieren).



Heiner Flassbeck bei einer UNCTAD-Konferenz (2012)

Nebelwerfer gegen bindende Regularien

Jedermann könnte heute wissen, wie kompliziert und wenig aussichtsreich die Kooperation von Staat und Unternehmen allgemein ist, wie sie unter dem Kürzel PPP (*Public Private Partnership*) immer noch verkauft wird. Noch viel diffuser muss die Kooperation der Staatengemeinschaft mit einer Interessensvertretung einer Vielzahl extrem unterschiedlicher Firmen sein. Dennoch sollten gerade auf Seiten der UN die Alarmglocken schrillen: Dem WEF genügt es in vielen Fällen, bei einem international umstrittenen Thema intellektuelle Nebelwerfer einzusetzen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in eine gewünschte Richtung zu lenken oder um der Öffentlichkeit und der Politik den Eindruck zu vermitteln, es werde auch ohne Intervention der Politik von der Wirtschaft schon genug getan. Für die UN, die klar definierte Ziele auf internationaler Ebene anstreben müssen, ohne allzu große Rücksicht auf Partialinteressen nehmen zu können, ist die Kooperation mit einer solchen Institution nicht nur fragwürdig, sondern eindeutig kontraproduktiv.

Prof. Dr. Heiner Flassbeck, ehem. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, war von 2003 bis 2012 Direktor und Chef-Volkswirt der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD).